

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

29.6.1921 (No. 148)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3516.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassembatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbeständen, gangbarer Beilegung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Politische Streiflichter.

Die Aufrechterhaltung der „Sanktionen“ am Rhein hat der französische Ministerpräsident Briand in einer Weise begründet, die einen Ausdruck des Zweifels darüber gestattet, ob diese Begründung wirklich ernst gemeint war. Briand hat nämlich gesagt, die Aufrechterhaltung der Sanktionen sei notwendig im Interesse einer Festigung des Kabinetts Wirth; ihre Aufhebung könne neue Umsturzversuche der Wilden in der Folge haben, die dann der Existenz der gegenwärtigen Regierung, deren Ehrlichkeit und guten Willen Briand übrigens ausdrücklich anerkennt, gefährlich werden müßten. Wenn man bedenkt, daß zur selben Zeit in gewissen Berliner Blättern die Auffassung vertreten wurde, daß das Kabinett Wirth gestürzt werden würde, wenn die Sanktionen nicht bald aufgehoben werden, so wird man jene Pessimisten begreifen können, die heutzutage auf den Gefilden der Politik auch das Tollste noch immer für glaublich und für möglich halten.

Wenn Herr Briand mit seiner merkwürdigen Auffassung noch um ein paar Schritte weiter vorwärts gehen wollte, könnte er schließlich ganz gut dazu kommen, daß er auch das Ruhrrevier und schließlich die Reichshauptstadt besetzen läßt, mit dem Hinweis, daß nur diese Maßnahmen die Reichsregierung vor den Wilden schützen könnten. Daß die ganze Agitation der Reichshauptstadt dem französischen Ministerpräsidenten manchen willkommenen Vorwand geliefert hat, ist ja wohl nicht zu bestreiten und von uns an dieser Stelle oft genug hervorgehoben worden. Aber kein vernünftiger Mensch wird in Deutschland zugeben wollen, daß diese Agitation nun faktisch den französischen Ministerpräsidenten berechtigen könnte, eine derartige abstruse Meinung zu entwickeln.

Dieser Meinung sieht man es doch gar zu deutlich an, daß sie nur vorgetragen wurde, um etwas anderes damit zu verhüllen, nämlich den französischen Interessenstandpunkt, d. h. den Wunsch Frankreichs, die „Sanktionen“ aufrecht zu erhalten, um daraus ein gutes Geschäft zu machen. Daß die deutsche Reichsregierung sich mit aller Energie für die Aufhebung der „Sanktionen“ einsetzen wird, ist selbstverständlich. Der 30. Juni, an dem die Erfüllung von uns übernommener Verpflichtungen in vier wichtigen Punkten Tatsache werden wird, bietet der Reichsregierung die beste Gelegenheit, um diese Aufhebung der „Sanktionen“ zu verlangen, da die Momente, die seiner Zeit zu ihrer Verhängung führten, heute nicht mehr bestehen, und den Forderungen der Entente Genüge geschehen ist.

Nachdem Ministerpräsident von Kahr im bayerischen Landtag erklärt hatte, daß seine Regierung eine Politik der Mitte einhalten und sich mit gleicher Schärfe gegen alle Störungen von links und von rechts wenden werde, hat auch das führende, französische Organ der Bayerischen Volkspartei, die in Nürnberg erscheinende „Bayerische Volkszeitung“ in ungewöhnlicher Weise gegen die Agitation der extremen Rechten Stellung genommen. „Das bayerische Volk muß sich“, so heißt es dort, „endlich einmal darüber klar werden, daß diese extreme Rechte bisher wie ein Bleigewicht an seinen Füßen gehangen hat. jene, die bis zur letzten Stunde an dem verhängnisvollen preußischen Dreiklassenwahlrecht festgehalten, die einen unerträglichen Militarabsolutismus aufgerichtet und 1917 das Friedenswerk des Papstes zerstört haben, versuchten diesmal ihren unheilvollen Einfluß auf das innerstaatliche Leben Bayerns geltend zu machen. Ihr Haß gegen die republikanische Reichsregierung machte sie zu Verfeindern eines extremen bayerischen Föderalismus, ihr militärischer Geist ließ sie in der Einwohnerwehr ein brauchbares Instrument für ihre Pläne erblicken. Das frivole Spiel mit dem Glück und der Ruhe unseres Volkes, die systematische Vergiftung der öffentlichen Meinung durch gewisse Referate haben mehr und mehr eine Atmosphäre geschaffen, die jenen deutschnationalen Kreisen zur Verwirklichung ihrer Katastrophenpläne willkommen war. Allmählich kam dann auch anderen bayerischen Blättern die Erkenntnis, daß die Vertreter des Rechtskonservatismus unsere bayerische Innenpolitik in einen Kurs hineinzudrängen suchen, der mit Realpolitik und einer Politik der ausgleichenden Mitte nichts gemein hat. Zuletzt dümmerte es sogar dem

„Fränkischen Kurier“, der es an nationalistischem Überschwang doch niemals fehlen ließ und die deutsch-nationalen Mühlen stets ausgiebig mit Wasser versorgte; schließlich sprach auch er in Anpassung an die augenblickliche Stimmung — allerdings zu spät — seine Mißbilligung über diese traurigen Zustände aus, die er vielleicht mehr unbewußt als bewußt mit schaffen half. Wir müssen den Mut aufbringen, den Kampf gegen zwei Fronten zu führen, gegen den Radikalismus der Linken und den der Rechten! — Außerhalb Bayerns wird man von dieser Auslassung mit Genugtuung Notiz nehmen. Die Mißstimmungen gegen Bayern, über die sich in letzter Zeit die bayerische Presse so häufig beklagt hat, werden sehr bald verschwinden, wenn die Mahnungen der „Bayerischen Volkszeitung“ in die Tat umgesetzt werden.

Auf dem südwestdeutschen Offizierskongress, der kürzlich von dem Deutschen Offiziersbund in Pforzheim abgehalten wurde, ist eine programmatische Rede gehalten worden, die als ein erfreuliches Symptom wachsender politischer Erkenntnis zu verzeichnen ist. In dieser Rede hat Oberstleutnant a. D. Sicking betont, der Offiziersbund dürfe sich nicht auf irgend eine Parteipolitik festlegen, der leitende Gesichtspunkt müsse das Wohl des Vaterlandes sein. Den monarchischen Gedanken dürfe man nicht in den Vordergrund stellen; überhaupt werde sich nur eine Monarchie durchsetzen, die getragen werde von den breiten Massen des Volkes.

Auch sonst hat man sich auf der Tagung, sofern wir uns auf die Zeitungsberichte verlassen können, parteipolitische Agitation enthalten. In einer anderen Rede ist offen zugegeben worden, daß erst der Krieg die Offiziere erkennen ließ, welche großen sittlichen Werte in dem deutschen Arbeiter stecken. Und ferner wird es sympathisch berührt, daß der Referent der Tagung meinte, man solle sich doch gegen die Errichtung von Kriegerdenkmälern wenden und die Summen, die solch ein Denkmal kostet, lieber den Werken der Unterstützung zuführen.

Daß im übrigen auf der Tagung mit großer Lebhaftigkeit für eine bessere und gerechtere Beurteilung des Offizierskorps eingetreten wurde, wird jeder Volksgenosse, der selber gerecht denkt, verstehen. Es war von vornherein ein Unfug, daß man bei kritischen Erörterungen alle Offiziere, zumal alle aktiven Offiziere, in einen Topf geworfen hat. Eine bessere Beurteilung in den breiten Massen des Volkes wird sicherlich dadurch am besten gefördert werden, daß sich die Offiziersverbände und die einzelnen Mitglieder dieser Verbände parteipolitisch dieselbe Zurückhaltung auferlegen, wie wir sie an den Reden dieser südwestdeutschen Offizierskongress mit Genugtuung feststellen konnten.

Aus dem Saarland.

Von einem Saarländer wird der „Reichs-Korrespondenz Nord-Süd“ geschrieben:

Das gegenwärtige Ringen um das Deutschtum im Saargebiet wirkt einerseits interessante Streiflichter auf das den Saardeutschen zugemutete „Selbstbestimmungsrecht“ und eröffnet andererseits interessante Perspektiven auf die nach 13 1/2 Jahren erfolgende Abstimmung der Saarlandbevölkerung, wodurch der Fremdherrschaft des sog. Völkerbundes, in Wahrheit aber einem gewissen französischen Staatsabsolutismus ein Ende bereitet werden soll. Gleich dem ober-sächsischen und Ruhrgebiet war das Saargebiet mit seiner hochentwickelten Industrie bis zur Besetzung durch die Franzosen eine Pulsader des deutschen Wirtschaftskörpers. Kein Wunder, daß die Franzosen schon jetzt alle Mittel anwenden, um durch eine „pénétration pacifique“ die spätere Abstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Zu Bergen hatten sich in den letzten Monaten die Wünsche der Saarbevölkerung und ihrer Führer bei der Regierungskommission und dem Völkerbund angehäuft, veranlaßt durch die Einführung der Frankensprache und Frankensprache, der Verordnung betr. den Begriff „Saarbewohner“, die Majorisierung aller Ausländer bei der Abstimmung zu den Gemeinde- und Kreisparlamenten, den vertragswidrigen Aufenthalt des französischen Militärs im Saargebiet, die rigorosen Ausweisungen, die Gerichtsbarkeit französischer Kriegsgerichte im Saargebiet usw. Die Augen der ganzen deutschen Saarbevölkerung waren in diesen Tagen erwartungsvoll nach Genf gerichtet, wo der

Völkerbundsrat über die Proteste verhandeln und den berechtigten Beschwerden gerecht werden sollte. Das Ergebnis dieser geheimen(!) Beratung kann kurz in die Worte zusammengefaßt werden: Laßt alle Hoffnung fahren: Der französische Präsident Moutet der Saarregierungs-Kommission verteidigte sogar noch die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen und suchte die deutschen Proteste mit dem Hinweis zu entkräften, daß die Gerichtsbarkeit der Kriegsgerichte durch ein Dekret stark eingeschränkt werde. Dabei steht der Friedensvertrag ausdrücklich vor, daß nur deutsche Gerichte im Saargebiet Recht zu sprechen haben. Die Anwesenheit französischer Truppen rechtfertigt er damit, daß diese keine Okkupationstruppen mehr seien, sondern „nur noch Garnisonstruppen“. Als ob es der deutschen Saarbevölkerung auf diese Wortklauberi ankäme und nicht vielmehr darauf, endlich einmal wieder frei atmen zu dürfen, und der hohen Kosten, welche die Besetzung verursacht, ledig zu sein. Der Rat des Völkerbundes war als williges Werkzeug der französischen Regierung auch der Ansicht, daß die Einführung des Frankens bei den Saardienststellen keinen Anlaß zum Eingreifen geben könne. Dabei weiß jeder, der das saarländische Wirtschaftsleben kennt, daß der Frankens dort den Todeskeim für die deutsche Privatindustrie bedeutet.

Präsident Moutet kündigte in Genf — und der Völkerbundsrat war damit einverstanden — an, daß ein Dekret die „Rück“(!) im Friedensvertrag über die saarländische Nationalität ausfüllen werde, wonach jede im Saarland geborene Person, die am 11. November 1918 rechtmäßig sich dort niedergelassen hatte, und jeder, der 3 Jahre lang im Saargebiet gelebt (Beamte oder vertraglich verpflichtete Personen nach einem Jahr) die Staatsangehörigkeit besitzt, mithin also auch abstimmungs-berechtigt ist, wenn die Würfel über das Geschick des Saargebietes früher oder später fallen werden. Dieses Dekret beleuchtet blühartig die Absicht Frankreichs, aus dem Saargebiet ein zweites Oberschlesien zu machen. Nach ihm erhalten also viele Tausende ausländischer Kaufleute, Angestellten und Industriellen (von den sich aus Frankreich wegen der Valutaverhältnisse nach und nach ansiedelnden „Saarbewohnern“, die nicht immer gerade zur französischen Elite zählen gar nicht zu reden) die Eigenschaft des abstimmungs-berechtigten Saarbürgers schon nach 1 bzw. 3 Jahren. Die Differenzierung zwischen alteingesessener Bevölkerung und den zugewanderten Ausländern verrät allzu deutlich die deutschfeindliche Absicht.

Die Eigenschaft des Saarbewohners ist weiterhin abhängig von der Abstammung. Im § 2 der ungeheuerlichen Verordnung, die nun durch das angekündigte Dekret sanktioniert werden soll, heißt es: „alle Personen gelten als Saarbewohner, die ihren rechtmäßigen Wohnsitz am 11. November 1918 (Waffenstillstand) im Saargebiet hatten, oder die im Saargebiet geboren sind von Eltern, die z. Bt. der Geburt ihren rechtmäßigen Wohnsitz daselbst hatten. Ebenso solche, die von einem Vater (oder wenn es sich um uneheliche Kinder handelt von einer Mutter) abstammen, der (oder die) im Saargebiet geboren wurde und 10 Jahre daselbst gewohnt hat. Solche Personen müssen ohnedies den Nachweis erbringen, daß sie mindestens 6 Monate im Saargebiet wohnhaft waren.“ Es ist doch ganz selbstverständlich, daß diejenigen, die beim Waffenstillstand im Saargebiet wohnten, auch als Saarbewohner zu gelten haben.

Der Nachsatz dieses § 2 erfordert schärfste Beachtung. Die Konsequenz sei an einem konkreten Beispiel erläutert: Vor dem Krieg wohnten im Saargebiet hochgegriffen etwa 50 Franzosen bei 70000 Deutschen. Die Kinder dieser Franzosen sind ohne weiteres „Saarbewohner“, weil ihre Eltern z. Bt. der Geburt ihren rechtmäßigen Wohnsitz im Saargebiet hatten und die Kinder die Aufenthaltsbedingung von 12 Monaten erfüllt haben. Wie viele sind aber nach dem Krieg eingewandert, um an der Saar ihren rechtmäßigen Wohnsitz aufzuschlagen? Die Nachkommen all dieser sind also nach dem Beschluß des Völkerbundes ebenfalls ohne weiteres Saarbewohner. Der Begriff „Saarbewohner“ in der Verordnung ist also etwas ganz anderes als „Einwohner des Saargebietes“, wie er im Friedensvertrag steht. Nach diesen sind nur die zurzeit der Unterzeichnung des Vertrags im Gebiet „gegenwärtigen“ Bewohner und deren Nachkommen „Einwohner des Saargebietes“.

Die Verordnung ist aber weiter deshalb so folgenschwer, weil nach ihr die Eigenschaft als Saarbewohner auch noch nach der Wohnsitzaufgabe — wenigstens ein Jahr darnach — besteht und bleibt. Ein in Paris wohnender Saarbewohner kann also noch ein Jahr lang nach Aufgabe seines Wohnsitzes an der Saar zum Gemeindeparlament oder Kreisrat an der Saar seine Stimme abgeben.

Die Kräfte, nur durch gewollte Niederhaltung des deutschen Elements erklärliche Einseitigkeit der Verordnung beleuchtet grell der § 4. Danach ist die Erlangung der Eigenschaft eines Saarbewohners sehr leicht möglich. Die Regierungskommission kann aber gegen die Entscheidung des Landrates Protest erheben beim Verwaltungsausschuss. Es ist also der Fall gegeben: Der langjährige Einwohner des Saargebietes X. reicht ein Gesuch dem Landratsamt ein um Erwerbung der Eigenschaft als „Saarbewohner“. Der Landrat genehmigt es. Die Regierungskommission begehrt jedoch Einspruch. Der Verwaltungsausschuss entscheidet sich ebenfalls gegen die landrätliche Genehmigung, ebenso in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht. Der Einwohner X. ist demnach also kein „Saarbewohner“, er wird laut § 6 der famosen Verordnung sogar als Ausländer betrachtet. Ist das nicht etwa ein schreiendes Unrecht gegen die Deutschen der Saar? Der Arbeiter X. ist nichtwahlberechtigter Ausländer und der französische Y., der abwechselnd jedes halbe Jahr sich als Industrieller an der Saar oder in Paris aufhält, ist „Saarbewohner“ also Inländer und darf wählen und abstimmen.

Der Zweck der Verordnung ist der, allen Ausländern das Stimmrecht zu den Kommunalparlamenten zu geben, um auf diese Weise die Willensmeinung des deutschen Bevölkerungsteils zu majorisieren, die Politik in den Gemeinde- und Kreisparlamenten in französischem Sinne zu beeinflussen, um so die Bevölkerung für die Abstimmung nach 1874 führen in einem für Frankreich günstigen Sinne gefügig zu machen. Die neue Verordnung ist ein glatter Rechtsbruch; sie steht in direktem Widerspruch zum Friedensvertrag, dessen „loyale Durchführung“ die Regierungskommission des Saargebietes bei dem Antritt ihrer Verwaltung feierlich zugesichert hat. Der Völkerrundrat aber, auf den die Saarbevölkerung im Glauben an das Recht vertraut hat, hat diese Verordnung gebilligt und den deutschen Saarbürgern eine neue schwere Enttäuschung bereitet. Das Saargebiet ist in höchster Gefahr, dem deutschen Mutterland verloren zu gehen, wenn der „friedlichen“ raffinierten Amputation nicht noch rechtzeitig Einhalt geboten wird.

Politische Neuigkeiten. Die Geiseln.

Dem deutschen Botschafter in Paris ist folgende von Cambon gezeichnete Note der Botschafterkonferenz überreicht worden: Die Botschafterkonferenz hat von einer Liste deutscher Geiseln Kenntnis erhalten, die von den polnischen Insurgenten in Oberschlesien festgenommen und nach Polen gebracht worden sein sollen. Sie ist in einer Note vom 9. Juni bei der polnischen Regierung vorstellig geworden, um die Freilassung der willkürlich festgenommenen Personen zu erwirken. Die Konferenz hat die Pflicht, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Personen zu lenken, die der Konferenz als in verschiedenen Lagern Deutschlands interniert gemeldet sind und die in der beigefügten Liste namentlich aufgeführt werden.

Ich habe die Ehre, Sie namens der Botschafterkonferenz zu bitten, die Ihrer Regierung dahin vorstellig zu werden, daß diese alles unternimmt, um die Auslieferung der Geiseln sichern zu können. Eine derartige Maßnahme entspricht den elementarsten Regeln der Gerechtigkeit und trägt dazu bei, die Verhütung herbeizuführen, die die deutsche Regierung sicherlich wünscht.

Der Note sind zwei Anlagen beigefügt, und zwar eine Liste der in Deutschland internierten Personen, die 43 Namen enthält, die aus Polen stammen, ihren Wohnsitz in Oberschlesien haben und sämtlich in Kottbus interniert sein sollen.

Eine deutsche Stadt.

Von Will Scheller.

Die Deutschen müssen, um wieder vorwärts zu kommen, rückwärts schauen. Sie müssen, entwirrt, wie sie infolge der Ereignisse geworden sind, in der eigenen Vergangenheit sich selbst und die Untergründe ihres Daseins erkennen lernen. Wahrheit über die Kräfte, vermöge deren sie durch viele Jahrhunderte zu der in Krieg und Revolution der äußeren Form nach zertrümmerten Weltgeltung emporgestiegen sind, wird ihnen erst ermöglichlich, diese Kräfte zu neuer Entfaltung anzuspinnen.

In kennzeichnender Entfaltungen zeigen sich in der Entwicklung von Gemeinwesen, sodas ein Überblick über ihre Wirksamkeit in solchem Kreise jeweils von höchst lehrhafter Bedeutung ist, insbesondere naturgemäß, wenn es sich um eine Stadt von kultureller Eigenart handelt. Daß dieses mit Cassel, der kurhessischen Haupt- und Residenzstadt der Provinz, dürfte kaum bestritten werden. In der Entwicklung Cassels kommen ja tatsächlich die bezeichneten Kräfte des deutschen Kulturlebens mit entschiedener Prägung zum Ausdruck, wogu dieser Ort sowohl durch seine geographische Lage wie durch seine politische Stellung im Leben des Landes und durch seinen Charakter als Fürstentum von jeher geeignet war.

Wenn nun auch über Cassel eine an Umfang und Wert nicht geringe Literatur bereits vorhanden ist, so erscheint es gleichwohl als beachtenswert, wenn eine Arbeit veröffentlicht wird, in der alle Wesensheiten der Stadt und alle ihre Schicksale vom Anfang bis in die Gegenwart hinein in ursächlicher Verknüpfung zum übersichtlichsten Vorschein gelangen. Dies zu bewerkeln ist der Zweck des neuen, in den „Stätten der Kultur“ (Verlag von Klinckschmidt und Biermann, Leipzig) veröffentlichten Werkes „Cassel“ von Paul Heidebach, der im geistigen Leben seiner Heimat eine bedeutende Rolle spielt und seine umfangreichen Kenntnisse der hessischen Kulturentwicklung besonders in seiner „Geschichte der Wilhelmstädte“ schon eindringlich bewiesen hat.

Das Buch über Cassel hat er in elf Kapitel eingeteilt und zwar nach Maßgabe der historisch einschneidenden Begebenheiten. So unterbricht etwa der Anfang des zweiten Kapitels drucktechnisch die Erzählung bei den ersten Konflikten zwischen kommunaler Selbstständigkeit und landesherrlicher Intention; daß aber nicht nur Begebenheiten von engerer Bedeu-

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag wurden gestern eine Anzahl kleiner Anfragen und Beschwerden erledigt. Dann wurde die Vorlage über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht angenommen. Darauf folgten Nachträge zum Reichshaushalt. Beim Reichsministerium des Innern forderte Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) Abschaffung des Ausnahmezustandes und der Sondergerichte. Der Justizminister Schiffer hat erklärt, der Haftbefehl gegen Herrn von Jagow sei auf Grund eines ärztlichen Attestes aufgehoben worden. Jetzt erklärt Herr von Jagow, daß er keinen Tag krank gewesen sei. (Hört, hört! links.) Das ist eine grobe Verhöhnung der Justiz.

Reichsminister Dr. Grabauer: Ich habe das meine getan, um den Ausnahmezustand in Sachsen abzuschaffen. Die Unabhängigen haben eine sehr bequeme Politik. Sie gehören keiner Koalition an, sie übernehmen keine Verantwortung und begnügen sich damit, Neben zu halten. Ich muß die Politik der Reichsregierung gegenüber den Ländern vertreten. Wir kommen nicht darum herum, daß eine Mehrheit des Reichstags die Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt hat. Wir haben weiter den Widerstand großer Länder zu überwinden. In Württemberg ist es meinen Vorstellungen gelungen, die Regierung zu veranlassen, die Vorgesur aufzugeben. (Zuruf der Kommunisten: Komödie!) — Vizepräsident Bell rügt diesen Zuruf.) Die Herren von der äußersten Linken könnten viel dazu beitragen, daß der Ausnahmezustand aufgehoben wird, wenn sie von Gewalttätigkeiten absehen wollten. Die Aufforderung zur Aufhebung der Selbstschutzorganisationen richtet sich gegen alle Volksschichten. In der ostpreussischen Einwohnerwehr z. B. sind auch viele Arbeiter. Man sollte versuchen, zunächst mit milden Strafen auszukommen. Ich erwarte weniger von Strafen, als von der Einsicht der Bevölkerung. Neue Kämpfe zwischen rechts und links können neues Unheil schaffen. Ich hoffe, daß auch diejenigen Kreise, die über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen aufgebracht sind, am Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeiten. (Beifall.)

Reichsjustizminister Schiffer stellt fest, daß im Falle von Jagow das Reichsgericht von der Vollstreckung der Haft gegen Hinterlegung einer Kaution von 500 000 M. abgesehen hat. Der Verteidiger des Herrn von Jagow hat den Antrag auf Haftentlassung mit dem Gesundheitszustand von Jagows begründet und ein ärztliches Attest vorgelegt.

Abg. Rosenfeld (Komm.) weist darauf hin, daß der Dichter Toller trotz Krankheit im Zuchthaus sitzt; eine halbe Million könne er allerdings nicht als Sicherheit aufbringen.

Reichsjustizminister Schiffer bemerkt, man wisse heute noch nicht, wo Herr von Jagow stehe. (Lebhaftes Hört, hört! und Zurufe der Kommunisten: Die Herren auf der Rechten wissen es!). Es ist wohl richtig, um sein Erscheinen vor Gericht zu erzwingen, ihn seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß zu belasten.

Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt. Der Haushalt wird angenommen. — Bei dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird ein deutschnationaler Antrag auf Förderung der mildtätigkeitswirtschaftlichen Forschung in Süddeutschland angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Kleine Vorlagen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die deutschen Zahlungen. Die Reparationskommission veröffentlichte ein Communiqué über die von Deutschland bisher geleisteten Zahlungen. Die deutsche Regierung hat soeben der Reparationskommission eine neue Zahlung von 44 Millionen Goldmark geleistet. Die seit Mai d. J. geleisteten Barzahlungen belaufen sich mithin auf 160 427 000 plus 83 949 690 Goldmark, zusammen 244 276 690 Goldmark.

* Die neuen Beratungen über den Wiederaufbau. Aber die gestern begonnenen Beratungen über den Wiederaufbau und die Ausführungen des Londoner Abkommens gibt Hanas folgenden amtlichen Bericht: Auf Grund der Wiesbadener Besprechungen haben in Paris neue Beratungen begonnen. Teilnehmer sind auf deutscher Seite Staatssekretär Bergmann und Dr. Guggenheimer, auf französischer Seite Loucheur und Seydoux. Beraten wurde die Frage der Lieferung gemäß einer Anregung der Reparationskommission. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Heute wird in der Frage der Lieferung von Materialen weiter beraten werden.

Die deutsche Geschichte bietet füglich eine Mustersammlung kulturhistorischer Einrichten, und Paul Heidebach hat sich infolgedessen nicht nur den Dank seiner hessischen Landsleute, sondern überhaupt aller verdient, die um letzte Erkenntnisse des deutschen Wesens bemüht sind. Aus diesem schönen Buch ist in der Tat zu lernen, wie das Deutschland lebendige Kultur zum Ausdruck bringt, zugleich aber auch, wie es eigentlich undenklichen Erndigungen ihre Denkmäler und sie selbst vermischt werden können. Solche Erkenntnisse gehören aber zu den wichtigsten Hilfsmitteln des Wiederaufbaus, der gegenwärtig als Deutschlands erstes Ziel zu betrachten ist, und aus diesem Grunde muß Heidebachs Werk eine Bedeutung zuerkannt werden, die über die einer lokalen Geschichtsschreibung weit hinausgeht.

Allenfalls aber kommt mit unabwieslicher Eindringlichkeit zur Geltung, wie der Aufschwung des Gemeinwesens von der Initiative der Landesfürsten auszugehen beginnt, wie die einzelnen Wesen der kulturellen Entwicklung vielfach geradezu durch fürstliche Persönlichkeiten gekennzeichnet sind. Es zeigt sich oft, wie das wirtschaftliche und geistige Leben der Stadt, von selbstbewusstem Bürgergeist zwar getragen und gefördert, doch, von der Unternehmungslust, Entschlußkraft, Erfindungsgabe und Weitsichtigkeit der Fürsten erst recht gefördert, neue Wege zu fruchtbarer Betätigung einschlägt, und wie so das Beste, was an kulturellen Werten dem Stadtbild sowohl wie der städtischen Verfassung und dem geistigen Niveau des Bürgertums noch heute die eigentümliche Bedeutung gibt, eben denjenigen Männern zu danken ist, die als erbliche Inhaber der Regierungsgewalt die Macht hatten, in großzügiger Weise Sorge zu tragen, daß ihre Residenz so wenig wie ihr Land hinter dem allgemeinen Aufstieg zurückblieben, daß sie vielmehr in mancher Hinsicht als Vorbild für diesen Aufstieg erachtet werden mußten. Fürsten wie die Landgrafen Philipp, Wilhelm IV, Moritz, Karl, Friedrich II. waren im besten Sinne Repräsentanten ihrer Zeit; aus Heidebachs Buch ist vielerorts zu ersehen, inwieweit die Bedeutung dieser hessischen Monarchen über die Grenzen ihrer territorialen Wirksamkeit hinausgereicht hat.

Heidebachs mit vielen Bildern ausgestattete kulturgeschichtliche Schilderung erstreckt sich bis auf die jüngste Gegenwart; sie läßt die Gelegenheit nicht vorbegehen, offenen und scharfen Auges Kritik zu üben an den barbarischen Wohnformen, die, aus dem Wesen des materialistischen Zeitalters heraus, geboren, geeignet gewesen sind, wie ein giftiger Baum, Stätten wahrer Kultur zu untergraben und das Stadtbild aus Opportunitätsgründen an mancher Stelle grauenhaft zu zerstören. Auch insofern steht Cassel ja nicht allein da, sondern ist in seinen diesbezüglichen Schicksalen typisch für den Kampf zivilisierter lebendiger Entwürfe aus dem natürlich gewordenen heraus und den Gefassen einer ausschließlich dem Augenblick dienenden Reflexion, wie sie den Geist der Neuzeit kennzeichnet — und richtet.

Cassels Geschichte bietet füglich eine Mustersammlung kulturhistorischer Einrichten, und Paul Heidebach hat sich infolgedessen nicht nur den Dank seiner hessischen Landsleute, sondern überhaupt aller verdient, die um letzte Erkenntnisse des deutschen Wesens bemüht sind. Aus diesem schönen Buch ist in der Tat zu lernen, wie das Deutschland lebendige Kultur zum Ausdruck bringt, zugleich aber auch, wie es eigentlich undenklichen Erndigungen ihre Denkmäler und sie selbst vermischt werden können. Solche Erkenntnisse gehören aber zu den wichtigsten Hilfsmitteln des Wiederaufbaus, der gegenwärtig als Deutschlands erstes Ziel zu betrachten ist, und aus diesem Grunde muß Heidebachs Werk eine Bedeutung zuerkannt werden, die über die einer lokalen Geschichtsschreibung weit hinausgeht.

Foetie der Wohn-Räume. „Eine Wohnküche ist kein Raum zum Träumen“, sagt der Verfaßter, — „ein Gemüsegarten keine Rosenlaube, ein Herd ist zum Kochen, ein Ofen zum Heizen, Bank und Stühle sind zum Essen da. Vernünftig, praktisch muß alles sein, dann ist es vorzuziehen.“ „Gewiß“, entgegnete beiseiden — und leise lächelnd das Gefühl, „Du hast Recht Bruder. Immer ist das Vorzuziehen auch praktisch und vernünftig. Das Vollkommene aber ist noch mehr! Voll Vernunft und Geheiß ist die Nase, und doch erwarb nur ihr süßer Duft die Liebe des Menschen. Zweckmäßig, sinnvoll geformt ist die Glode, und doch ist ihr Harer Klang entscheidend. Menschen, Räume, Geräte und Gärten gibt es, vernünftig geartet und nützlich, und wirken doch ungenügend, unzufrieden, erkaltend wie ein Novembertag. Und andere Menschen, Räume, Geräte und Gärten sind da, freundlich und lustig; denn Wärme strahlen sie aus wie ein sonniger Frühlingstag. Essel und Ränke gibt es, die nicht nur bequem sind, sondern heiter, einladend zugleich in ihrer Gestalt. Herde und Ofen gibt es, ganz glatte, blühende, würdevolle und lustige auch, die nicht nur heizen, sondern den Menschen erfreuen. Räume gibt es und Möbel, ganz einfach geformt, scheiden dienendes Wohngerät in der Wohnküche: nützlich, praktisch, vernünftig — und doch voll Seele und Lächeln, wie das Antlitz eines gütigen Menschen.“

Dugo Lang.

* Aus dem reichillustrierten Juni-Heft der von Hofrat Alexander Koch herausgegebenen Darmstädter Kunstzeitung „Zinnen, Dekorations“.

Die Rückmarschaktion in Oberschlesien. Der Rückzug des deutschen Selbstschutzes vollzieht sich, nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Breslau, jetzt planmäßig, und die vorgeschriebenen Fristen für den Rückmarsch werden aller Voraussicht nach pünktlich eingehalten werden können. Ein Teil der Selbstschutzhangehörigen wird, um ihm den Rücktritt ins bürgerliche Leben zu erleichtern und die Auflösung und Entlohnung ohne Konflikte durchzuführen, zunächst mit Notstandsarbeiten in unbefestigten Oberschlesien und in Mittelschlesien beschäftigt werden. Ein anderer Teil der Selbstschutzhangehörigen ist schon in den bürgerlichen Beruf zurückgeführt und befindet sich nicht mehr in Schlesien.

* Graf Mirbach-Sorquitten. Graf Mirbach-Sorquitten, der bekannte konservative Parlamentarier, ist am Sonntag im Alter von fast 82 Jahren gestorben.

* Ein merkwürdiger Streitfall. Aus Frankfurt wird berichtet: Das Landhiebungsamt hatte der wiesentarmen Gemeinde Oberhörgern 22 Morgen Wiesen aus der Gemartung Rünzenburg zugewiesen. Die darüber erbitterten Rünzenburger Bauern mähnten darauf nachts die Wiesen ab. Gendarmerie und grüne Polizei, insgesamt 20 Mann, verhafteten den Abtransport zu verhindern. Etwa 500 Bauern wandten sich gegen sie. Weiberseits fielen Schüsse. Ob und wie viele Verletzungen vorgekommen sind, ist noch unbekannt. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

* Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks. In englischen Bergarbeiterkreisen erfolgte die Einigung zwischen den Bergwerksbesitzern und der Exekutive der Bergarbeiter vollständig auf der Basis der kürzlich von der Arbeiterchaft verworfenen Bedingungen. Eine geringe Verbesserung ist durch die Verlängerung des vorläufigen Abkommens erzielt worden, das nunmehr den Arbeitern den Friedenslohn plus 20 Prozent für 15 Monate zusichert. Beide Parteien erluchten die Regierung um die früher zugesagte Beihilfe von 10 Millionen, was die Regierung vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments bewilligen dürfte. Darauf wird die Exekutive die Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Montag vorschlagen. Vermutlich geschieht das durch keine neue Ballotage, sondern auf einer Delegiertenkonferenz.

* Ausföhrungen englischer Fischer gegen deutsche. Einer Lloydmeldung aus Grimshy zufolge haben Fischerleute aus Arger über die Ladung von Fischen, die das deutsche Fischerfahrzeug „Wilhelm Deindl“ gefangen hat, die Fische ausgeschüttet und auf dem deutschen Fahrzeug Kompaß und Brücke beschädigt.

Badische Übersicht. Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 28. Juni. Der Landtag erledigte heute eine größere Zahl von Gesuchen meist vorzuziehender Art. Der Verband Deutscher Architekten und Ingenieurvereine war vorstellig geworden wegen stärkerer Betätigung der Techniker in leitende Stellungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Diese Eingabe wurde der Regierung als Material überwiehen. Der gleiche Beschluß erging hinsichtlich einer Eingabe des Naturheilvereins Ettlingen um Errichtung von Lehrstühlen für Naturheillehre und das Naturheilverfahren an den Landesuniversitäten.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Elektrizitätsversorgung und Redaktionsanfertigung.

Dem Landtag sind verschiedene wichtige Gesekentwürfe zugegangen, darunter der Gesekentwurf über Landeselektrizitätsversorgung zwecks Gründung einer Aktiengesellschaft zur Versorgung des Landes mit elektrischer Energie mit einem Grundkapital von 30 000 000 M., wobei der Staat sämtliche Aktien übernimmt und der Staat für die von der Aktiengesellschaft — die die Nuzkraftwerke übernimmt — auszugebenden Obligationen bis zum Betrage von 300 000 000 M. nebst 5 Prozent Zinsen die Bürgschaft übernehmen soll. Der Gesekentwurf steht in der Landtagsitzung vom Dienstag, 28. Juni bereits zur Beschlußfassung.

Ein Gesekentwurf über die Redaktionsanfertigung ermächtigt das Staatsministerium, das Land Baden an der Redaktionsgesellschaft in Stuttgart durch Zeichnung von Aktien im Nennbetrage von 17 500 000 M. zu beteiligen und bei Kapitalüberföhrungen dieser Gesellschaft die Beteiligung bis auf 35 000 000 M. zu erhöhen.

Ein dem Landtag zugegangener Gesekentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln be-

Cassels Geschichte bietet füglich eine Mustersammlung kulturhistorischer Einrichten, und Paul Heidebach hat sich infolgedessen nicht nur den Dank seiner hessischen Landsleute, sondern überhaupt aller verdient, die um letzte Erkenntnisse des deutschen Wesens bemüht sind. Aus diesem schönen Buch ist in der Tat zu lernen, wie das Deutschland lebendige Kultur zum Ausdruck bringt, zugleich aber auch, wie es eigentlich undenklichen Erndigungen ihre Denkmäler und sie selbst vermischt werden können. Solche Erkenntnisse gehören aber zu den wichtigsten Hilfsmitteln des Wiederaufbaus, der gegenwärtig als Deutschlands erstes Ziel zu betrachten ist, und aus diesem Grunde muß Heidebachs Werk eine Bedeutung zuerkannt werden, die über die einer lokalen Geschichtsschreibung weit hinausgeht.

Foetie der Wohn-Räume. „Eine Wohnküche ist kein Raum zum Träumen“, sagt der Verfaßter, — „ein Gemüsegarten keine Rosenlaube, ein Herd ist zum Kochen, ein Ofen zum Heizen, Bank und Stühle sind zum Essen da. Vernünftig, praktisch muß alles sein, dann ist es vorzuziehen.“ „Gewiß“, entgegnete beiseiden — und leise lächelnd das Gefühl, „Du hast Recht Bruder. Immer ist das Vorzuziehen auch praktisch und vernünftig. Das Vollkommene aber ist noch mehr! Voll Vernunft und Geheiß ist die Nase, und doch erwarb nur ihr süßer Duft die Liebe des Menschen. Zweckmäßig, sinnvoll geformt ist die Glode, und doch ist ihr Harer Klang entscheidend. Menschen, Räume, Geräte und Gärten gibt es, vernünftig geartet und nützlich, und wirken doch ungenügend, unzufrieden, erkaltend wie ein Novembertag. Und andere Menschen, Räume, Geräte und Gärten sind da, freundlich und lustig; denn Wärme strahlen sie aus wie ein sonniger Frühlingstag. Essel und Ränke gibt es, die nicht nur bequem sind, sondern heiter, einladend zugleich in ihrer Gestalt. Herde und Ofen gibt es, ganz glatte, blühende, würdevolle und lustige auch, die nicht nur heizen, sondern den Menschen erfreuen. Räume gibt es und Möbel, ganz einfach geformt, scheiden dienendes Wohngerät in der Wohnküche: nützlich, praktisch, vernünftig — und doch voll Seele und Lächeln, wie das Antlitz eines gütigen Menschen.“

Dugo Lang.

* Aus dem reichillustrierten Juni-Heft der von Hofrat Alexander Koch herausgegebenen Darmstädter Kunstzeitung „Zinnen, Dekorations“.

umtragt die im Gesetz vom 15. Juni 1914 für die Reichsregierung vorgegebenen Aufbesserungszuschüsse (300 000 Mark für die evangelischen Pfarrer, 350 000 M. für die römisch-katholischen Pfarrer, 8000 M. für die alt-katholischen Pfarrer) auf Verlangen der obersten Kirchenbehörde des betreffenden Konfessionsteils an die von ihr zu bezeichnende kirchliche Kasse auszugeben.

Dem Landtag ging weiter eine Reihe Petitionen zu: Die Metzlervereine Mannheim und der Landesverband bad. Metzlervereine fordern Wiedereinbringung des Sperrgesetzes. Von Waldshut wird der Ausbau des dortigen Realgymnasiums in eine Vollanstalt gewünscht. Von Rastatt, Mersbach und Pfalzendorf sowie Hornberg kommen Wünsche um Höherstufung im Ortsklassenverzeichnis. Vom badischen Landesverein und der Arbeitsgemeinschaft der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen liegen Gesuche betreffend Besoldungsstarif und Befähigungslage vor.

Die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Die demokratischen Abgeordneten Odenwald, Gerbster, Freudenberg und Nieberbühl haben folgende förmliche Anfrage an die badische Regierung gerichtet:

Der Reichsausschuss für Volkswirtschaft hat unterm 18. Juni beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: 1. Die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst eine Vorlage über Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Zucker einzubringen; 2. die Petitionen über Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Zucker, der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Unter diesen Verhältnissen dürfen wir damit rechnen, daß wir unmittelbar vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft für den Zucker stehen. Wir fragen die badische Regierung, ob sie es unter diesen Verhältnissen nicht für ein Gebot der Stunde hält, wenn sie schon jetzt die Kommunalverbände anweist, den Lebensmittelgroßhandel wieder in seine Rechte einzusetzen. Einige Kommunalverbände halten daran fest, die Zuderbeziehung selber vorzunehmen, einige haben die dem Handel ursprünglich überlassene Verteilung wieder an sich genommen. Der Handel behauptet mit Recht, daß er die Zuderbeziehung billiger und besser vorzunehmen in der Lage sei, als die Kommunalverbände, von denen einige die Zuderbeziehung dazu benötigen, um ihre Geschäftskosten zu decken. So wird von einem mitgeteilt, daß er monatlich 200 M. auf die Zuderbeziehung eines Bezirks aufschlage. Diese Beträge müssen von den Konsumenten getragen werden. Wir halten es nicht für vertretbar, daß der Zustand länger anhält, und bitten, daß der Minister des Innern den bislang festgehaltenen Standpunkt, es sei ihm keine Möglichkeit gegeben, auf die Kommunalverbände einzuwirken, verläßt und mit Rücksicht auf die bevorstehende freie Wirtschaft in der Zuckerbeziehung dem Handel jetzt schon wieder freie Bahn gibt.

Die Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamts im Jahre 1920.

P.A. Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamts für das Jahr 1920 gibt ein Bild von der bedeutenden Arbeit dieses Amtes, das sich im einzelnen wie folgt gestaltet:

Die Zahl der Revisionen gewerblicher Betriebe zeigt durchweg eine erfreuliche Steigerung. Dementsprechend sind auch die Auflagen zur Beseitigung gesundheitsgefährdender Einflüsse von Unfallgefahr und zum Allgemeinwohl der Arbeiter gewachsen. Einen großen Umfang nahmen Unfalluntersuchungen, Besprechungen mit Bezirksärzten oder Gewerkschaften und Teilnahme an Sitzungen von Sachverständigen aus den Tarifämtern an. In außerordentlichem Maße wurden auch die Handelsbetriebe in die Revisionen einbezogen. Die gewerbliche Bauartigkeit war auch im Berichtsjahre nicht sehr reger, sie beschränkte sich in der Hauptsache auf Installierungen und kleinere Erweiterungsarbeiten. Auch die Raumverhältnisse der Betriebe wurden von der Wohnungsbauverwaltung beachtet.

Aber die Durchführung des Achtstundentages wird gütig berichtet, wenn auch die Handwerksbetriebe sich vielfach mit dieser Einrichtung noch nicht abfinden konnten und öfters Anträge wegen Überschreitung der Arbeitszeit erfolgten. Aberarbeit wurde außer — wie alljährlich — von den Betrieben der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie und der oberbayerischen Industrie, nur selten beantragt und nach Anhörung des Betriebsrats und Aufzehrung des Arbeitsamtes meistens gemahnt. Im Versorgungsbereich der Oberleitungswerke hatte der Wassermangel die Einführung von Stromsperrtagen und damit eine verlängerte Arbeitszeit an den anderen Tagen bei vielen Betrieben zur Folge. Eine unerwünschte Begleiterscheinung des Achtstundentages bildete die nebenberufliche Tätigkeit vieler Arbeiter nach Feierabend zum Schaden ihres eigenen als auch anderer Gewerbebetriebe, die mitunter noch unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten.

Zum ersten Mal wird über die Auswirkung des Betriebsratsgesetzes berichtet und zwar im ganzen günstig, wenn auch die Kinderkassentätigkeiten des neuen Gesetzes noch nicht völlig überwunden sind.

Besondere Beachtung verdient das auch diesmalmal umfangreiche statistische Material über Tarifverträge auf Grund der periodischen Berichte des Gewerbeaufsichtsamts, die zu einer unentbehrlichen Grundlage für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer geworden sind. Die Tarifverträge gewinnen immer mehr an Boden, es ist die Tendenz zu erkennen, von den vielen zerstückelten Orts-, Firmen- und Bezirkstarifen zu den größeren Wirtschaftsgebieten umfassenden einheitlichen Landes- und Reichstarifen überzugehen.

Streiks und Aussperrungen sind im Berichtsjahr zurückgegangen.

Aus der Hausindustrie, die vor allem für die Blumen-, Nähn-, Schmuckwaren- und Tabakindustrie sowie als Hausweberei in Betracht kommt, wird von einem langsamen Aufschwung der Arbeit durch die Fabriken berichtet.

Die Verhältnisse der weiblichen Arbeiter lassen einen stetigen Rückgang der Zahl der Arbeiterinnen zugunsten der Unterbringung der vielen männlichen Arbeitslosen erkennen. In der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie wird über den während der fünf Kriegsjahre ausgebliebenen Nachwuchs an Hilfskräften und Goldarbeiterinnen geklagt. Die zeitweise sehr unregelmäßige Elektrizitätsversorgung infolge abwanernder Trockenheit im Spätherbst machte es auch erforderlich, Ausnahmen zur Nacharbeit von Arbeiterinnen in einigen Fällen zuzulassen.

Die allgemeine Einführung des Achtstundentages im Handel und Gewerbe hat die Bedeutung der besonderen Schutzvorschriften für die jugendlichen Arbeiter wesentlich gemindert. Die Wichtigkeit der Fortbildung eines genügend nachwachsenden an gelernten Arbeitern wird durch die Großindustrie durch Schaffung von neuzeitlichen Lehrlingsverträgen mit angelegelter Berufsausbildung und Eignungsprüfung richtig erkannt. Geklagt wird von vielen Betrieben über den mangelnden Arbeitsfleiß der jüngeren Arbeiter, die durch die Verhältnisse der Wirtschaft oft ein übertriebenes Maß von Freiheit für sich in Anspruch nehmen zu müssen glauben.

Dem Kinderhaus muß, wie die Zahlen der Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Vorschriften erkennen lassen, erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Betriebsbedingungen zum Schutz der Arbeiter gegen Unfälle haben wieder zu Beanstandungen Anlaß gegeben. Manche schwere, auch tödliche Unfälle wurden auf den Mangel an Schutzvorrichtungen oder die nötige Ausrüstung der Vorrichtung und Aufmerksamkeit zurückgeführt.

Im gewerbehygienischen Bericht wird über Mißbrauchsfälle, Bekämpfung der Bleikrankheit und Krankheitserscheinungen bei der Herstellung der in den letzten Jahren aufkommenden Quecksilberdampfgleichrichter eingehend berichtet.

Ein besonderer Abschnitt ist den Erfahrungen und Feststellungen des Amtes über die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung, Wohlfahrtsvereinigungen und Schwerbeschädigtenfürsorge gewidmet. Die Berücksichtigung beschränkt der Jahresbericht des Aufsichtsbeamten der Bergbehörde.

Zur Umanerkennung der Kriegsbeschädigten.

Man schreibt uns: In dem Bericht über eine Reichsbundversammlung wird von der systematischen „Verschleppungstaktik“ des Hauptverwaltungsamts bei den Umanerkennungen gesprochen. Das Hauptverwaltungsamt weist diesen unerhörten Vorwurf auf das entschiedenste zurück. Alle vom Hauptverwaltungsamt getroffenen Maßnahmen bezwecken einzig und allein die rasche und reibungslose Durchführung des Reichsbundversorgungsgesetzes. Zur Regelung der Umanerkennung war es unbedingt nötig, vorläufig die Zahl der monatlich von den Versorgungsämtern vorzuliegenden Umanerkennungsakten auf 1000 festzusetzen. Eine größere Zahl konnte nicht erledigt werden. Diese Zahl erhöht sich ohne weiteres, sobald die Zustimmungen des Hauptverwaltungsamts zu den erstmaligen Festsetzungen fortfallen (in allen nächsten Zeit zu erwarten) und das Personal nach besserer Einarbeitung von Monat zu Monat mehr leistet. Den berechtigten Wünschen der Kriegsbeschädigten ist vollauf Rechnung getragen.

Tagung des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen in Freiburg.

DZ. Die Tagung des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen, die am 27. und 28. d. M. hier stattfand, wurde eingeleitet durch einen Begrüßungsakt am Sonntagabend in der Festhalle. Die Verbandstagung selbst begann Montag vormittag 9 Uhr. Nach Vorlesung des Geschäftsberichtes für das Jahr 1920, des Kassensberichtes, Berichtes der Rechnungsprüfer und nach der Entlastungsbeschlüssen nahm Ministerialrat Professor Dr. Martinek vom Reichsarbeitsministerium Berlin das Wort zu einer längeren Vorlesung über das Reichsbundversorgungsrecht. Zu diesem Gesetz wurden im Anschluß an den Vortrag eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen, welche Vorschläge Ministerialrat Martinek entgegennahm mit der Erklärung, entsprechend beim Ministerium vorgehen zu wollen. Sodann berichtete Ministerialrat G. Schulz vom Reichsarbeitsministerium über die neuesten Änderungen auf dem Gebiete der Krankenkassenversicherung und im Bereiche der sonstigen Sozialversicherung vor allem an Hand des dem Reichstag zugegangenen Entwurfes zu einer Novelle zur Reichsversicherungsordnung. Im Anschluß an die Ausführungen von Schulz behandelte Direktor Serovais-Nachen, unter lebhafter Zustimmung der ganzen Versammlung, daß die Pflichtverbände der Krankenkassen nicht schon durch die jetzige Novelle geschaffen werden. Die Versammlung erkannte die unbedingte Notwendigkeit der schleunigen Schaffung dieser Pflichtverbände an. Zur Ausarbeitung von Vorschlägen über etwaige weitere Änderungen der RVO. (Reichsversicherungsordnung) wurde eine besondere Kommission gebildet. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in der gefordert wurde, daß der Entwurf zu einem Gesetz über die Schaffung von Pflichtverbänden baldigst erfolge. Das Verhalten des Reichsbundverbandes in dieser Angelegenheit, der einseitig die Interessen des Unternehmertums vertritt, wurde scharf beurteilt.

Es wurde noch verhandelt über die Ruhegehaltsverordnung. Nach dem Vorschlag von Direktor Kauf-Essen beschloß die Versammlung einstimmig, die Gewährung von Ruhegehaltern an die Beamten und Angestellten, durch Anschluß der Krankenkassen an die Ruhegehaltsvereinigung deutscher Krankenkassen zu Weimar sicherzustellen.

Am 2. Verhandlungstag sprach Professor Dr. Rost, Direktor der Dermatologischen Universitätsklinik Freiburg, die Behandlung der Geschlechtskrankheiten und der Hautverlesungen. In eingehendem mehrstündigem durch Lichtbilder veranschauligten Vortrag schildert er die modernsten Behandlungsmethoden, wie sie bei der Universitätsklinik Freiburg zur Anwendung kommen. Die Versammlung hatte die Auffassung, daß die Errichtung eigener Hautbehandlungsinstitute durch die Krankenkassen zum Zwecke der Nachbehandlung der Rassenmitglieder auf das dringendste zu empfehlen wäre. — Gehmrat Red-Karlruhe sprach über „Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsnehmer“. Berichterstatter schilderte eingehend die Notwendigkeit eines engen Zusammenhanges nicht nur der Versicherungsnehmer, sondern auch des Zusammenhanges der Wohlfahrtspflege der Krankenkassen mit der Wohlfahrtspflege der Gemeinden. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe sei aber zunächst die Schaffung der örtlichen Pflichtverbände der Krankenkassen.

Sodann sprach Direktor Kauf-Essen über das Verhältnis zu den Ärzten, Apothekern und Kranken. Er schilderte eingehend den augenblicklichen Stand dieser Frage. Direktor Serovais-Nachen verlangte unter einstimmiger Zustimmung der Versammlung die Aufhebung des Gesetzes des preussischen Volkswohlfahrtsministeriums betr. die Hörsprengung der Arztbesuche in besetzten Gebieten. — Direktor Meyer sprach über die Einkaufsgenossenschaft, die die Absicht verfolgte, die Krankenkassen mit Heilmitteln aller Art zu angemessenen Preisen zu versorgen. Die wirtschaftliche Lage der Einkaufsgenossenschaft sei die denkbar beste. Darauf berichtete Direktor Serovais-Nachen über die Kommissionsberatungen zu den dem Kongress zugegangenen Anträgen.

Die Hauptversammlung beschloß, der Reichsregierung den Antrag zu unterbreiten, daß für den Fall, daß die Arbeitslosenversicherung zur Erfüllung gelangen sollte, soll nicht ein neuer Verordnungsträger geschaffen werden, in dem erstere an die Arbeitsnachweise angeschlossen wird, sondern die Arbeitslosenversicherung soll an den bestehenden Versicherungsträger, nämlich an die Krankenversicherung angeschlossen werden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung, die an die Reichsregierung geht, wurde die sofortige Schaffung örtlicher Pflichtverbände von den Krankenkassen verlangt.

Weiter wurde bei der Reichsregierung beantragt, daß im Wege der Familienversicherung Sterbegeld nicht nur Ehegatten oder Kindern, sondern an allen Familienangehörige gezahlt werden soll, daß ferner eine wesentlich erhöhte Entschädigung der Krankenkassen erfolge, die die Einzugsgeschäfte für die Invalidenversicherung ausführen, daß die Einkommensgrenze für das freiwillige Beitragsrecht auf 1600 M. erhöht werde, sowie daß in der Wochenhilfe für das Stillsitzen nicht nur eine Mindest-, sondern auch eine Höchstgrenze festgesetzt werde. In die Kommission zur Ausarbeitung der Abänderungsvorschläge der

RVO. an die Reichsregierung wurden folgende Herren gewählt: Direktor Kauf-Essen, Direktor Serovais-Nachen, Direktor Meyer-Essen, Direktor Eisenhuth-Eddin, Geschäftsführer Reichsbund-Gesellschaft, Reichstagsabgeordneter Biegelmaier-Freiburg und Direktor Förster-München.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperre.
Von der Annahmesperre für Expressgut, Eil- und Frachttüdgut sowie Eil- und Frachtgutwagenladungen nach Stationen des Bezirks Rattowitz und durch diesen Bezirk sind ausgenommen Sendungen nach allen westlich der Linie Costau-Kreuzburg-Rosowosta-Groß Strehlitz-Oppeln-Standzin-Ratibor-Oderberg sowie östlich dieser Linie an der Strecke Kreuzburg-Rosowosta (einschließlich) gelegenen Stationen, ferner allgemein Befahrungsgut für die Entente in Oberschlesien.

Die Annahmesperre für Frachttüdgüter nach Kreuznach ist aufgehoben.

* Zur badisch-württembergischen Vereinigungsfrage teilt die Landesgeschäftsstelle der deutschen (liberalen) Volkspartei Badens in einer Zuschrift an die „B. Br.“ mit, daß in der Frage Baden-Württemberg sowohl Reichstagsabgeordneter Dr. Curtius, als auch die Organisation der Deutschen Volkspartei sich keineswegs für eine Vereinigung entscheiden werden.

DZ. Das Aktienkapital für den Bau des Redarkanals in Höhe von 300 Millionen Mark ist voll gezeichnet worden. Zur weiteren Finanzierung werden 600 Millionen in Obligationen aufgelegt werden. Der Südwestdeutsche Kanalverein hat für die Werbetätigkeit einen Film geschaffen, der in vollständiger Weise die Arbeiten am Kanal, die Landschaften von ihm über Röhlingen bis Mannheim zeigt und der Allgemeinheit Aufschlüsse erteilen soll.

DZ. Baden-Baden, 28. Juni. Die am Samstag und Sonntag hier vorgenommene Sammlung zur Linderung der Not unserer oberpfälzischen Landesleute hat den Betrag von 15 200 Mark ergeben.

DZ. Donaueschingen, 28. Juni. Über Tengen, Leipferdingen und Nieschlingen ging gestern nachmittag und gestern abend ein schweres Hagelwetter nieder, das in Leipferdingen eine Stunde andauerte. Eine Frau wurde vom Blitz erschlagen, als sie auf dem Wege war, ihrem Mann das Mittagessen zu bringen. In Nieschlingen wurde ein Mann vom Blitz erschlagen.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Man schreibt uns aus der Theaterkanzlei. In dem dreitägigen Drama „Hildebrand“ von Heinrich Heine, das morgen Donnerstag, den 30. Juni, als letzte Erstaufführung dieser Spielzeit in Szene geht, wird Fritz Herz die Titelrolle spielen. Neben ihm wirken mit als „Frau He“: Melanie Ermark und als „Hildebrand“ Adele Kreuznach; ferner als „Sabubrand“ Ludwig Unger und als „Sindolt“ Robert Birtner; außerdem in wichtigen Rollen die Herren Gemmele, Höder, Müller, von der Trend-Wrict und Max Schneider. — Die Bühnenbilder wurden unter Leitung Emil Burckards nach Angabe der Regie gestellt. Die Kostüme von Margarete Schellenberg ausgewählt. Die Spielleitung hat Otto Kienichner. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr.

Badische Gemeindeschau.

DZ. Todtnau, 28. Juni. Der Bürgerausschuß hat zur Linderung der Wohnungsnot an die hiesige Baugenossenschaft die Summe von 300 000 M. einstimmig bewilligt. 250 Kubikmeter Bauholz wird die Stadt Todtnau zu dem verbilligten Preis von 80 M. für den Kubikmeter zur Verfügung stellen.

DZ. Radolfzell, 27. Juni. Mit dem erhöhten Milchpreis von 2 Mark ab 1. Juli ist die Lieferungsvereinbarung durchschlagend nicht einverstanden. Sie verlangt unter Berufung auf die Bereitwilligkeit der Stadt Karlsruhe den erhöhten Preis bereits am 1. Juni. Der Gemeinderat bleibt aber bei seinem Beschluß.

Literarische Neuerscheinungen.

Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn. Neuer Band: „Rom Geld.“ Von Argentarius. (Paul Verlag, Berlin W. 67. Preis 12,50 M.) Das Geldwesen, sonst ein dunkles Gebiet, auf dem die Wissenschaft nur zu leicht in die Irre geht und der Laie ratlos steht, wird hier klar bis zur Selbstverständlichkeit. Alle Fragen, mit denen sich die Menschheit angeht, des allgemeinen Wirtschaftslebens den Kopf zermartert, finden hier ihre einfache und logische Beantwortung.

Staatsanzeiger.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Rechnungsrat Ferdinand Demme von der Badischen Oberrechnungskammer übernommen.

Fahrplanänderungen.
Nachstehende Fahrplanänderungen treten im Bereich der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe in Kraft:

1. Vom Freitag, den 1. Juli an:
Zug 951, Freiburg (Freiburg) ab 6.00 Vorm., erhält Halt in Bähringen und Gundelfingen und verkehrt daher ab Denslingen 3, ab Emmendingen 2 und ab Riegel 1 Minute später bis Lahr-Dinglingen, da an 7.13 Vorm.

Zug 556 verkehrt 4 Minuten später, Weil-Leopoldshöhe ab 1.34 Nachm., Lahr ab 1.50 Nachm.

Zug 220 (W) verkehrt 8 Minuten früher, Hardheim ab 4.18 Vorm., Waldbrunn an 4.50 Vorm., ebenso verkehrt früher Zug 1, Waldbrunn ab 4.55 Vorm., Seelach an 5.30 Vorm.

Zug 383 verkehrt ab Redarzell früher: da ab 4.48 Vorm., Mosbach (Baden) 4.52/54, Redarbrunn 4.59/5.00, Dallau 5.04/06, Auerbach (Baden) 5.11/12, Scheffenz 5.21/22, Eichelheim 5.26/27, Seelach 5.33/35, Adelsheim Nord 5.41/42, Osterburken an 5.47 Vorm., Ansbach an D 38 nach Stuttgart, Osterburken ab 6.00 Vorm., Rosenburg (Baden) 6.09/10, Hirschlanden 6.15/16, Eubigheim 6.23/24, Wiffingen 6.36/37, Wozberg-Wödingen 6.43/44, Schweigern 6.47/48, Unterschöpfung 6.53/54, Sachsenflur 6.58/59, Königshofen (Baden) 7.03/06, Lauda an 7.00 Vorm. und weiter wie früher.

2. Vom Samstag, den 2. Juli an:
Zug 377, Redarzell ab 5.41 Nachm., wird Samstag bis Eberbach durchgeführt: Redarzell ab 5.42 Nachm., Redarzell ab 5.50/50, Redarhausen 5.56/57, Eichelheim 6.02/03, Eberbach-Heiterbach 6.10/11, Eberbach an 6.15 Nachm.

Zug 378 beginnt Samstag in Eberbach, da ab 6.25 Nachm., Eberbach-Heiterbach ab 6.29/30, Hirschhorn 6.37/38, Redarhausen 6.43/44, Redarzell ab 6.50/50, Redarzell ab 6.57, ab 7.00 Nachm. und weiter wie früher.

Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

